LAGE ... liegt mir

Wahlzeitung der BBL zur Kommunalwahl 2014
www.bbl-lage.de

Bürgerbewegung für Lage e.V.
BBL
Lages politische Kraft!

Abstellplatz im Wasserschutzgebiet

BBL-Fraktion deckt Verstöße gegen Verträge auf

Seit vielen Jahren, eigentlich schon seit Jahrzehnten beschäftigt(e) die Stadt ein zu Unrecht und ohne Genehmigung eingerichteter Abstell- und Ablagerungsplatz der Entsorgungsfirma Dietz im Wasserschutzgebiet an der Ottenhauser Straße.

Nach vielen gescheiterten Versuchen und Absprachen und Fristsetzungen beschloss der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Lage in seiner Sitzung vom 26. Okt. 2006, die Duldung des im Schutzgebiet gelegenen und daher nicht genehmigungsfähigen, aber seit weit über 20 Jahren u. a. als Abstellplatz genutzten Grundstücks an der Ottenhauser Straße ein letztes Mal um fünf Jahre zu verlängern. Daraufhin wurde am 23. Apr. 2007 ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Firma Dietz abgeschlossen, in dem eine letztmalige Duldung für 5 Jahre festgesetzt wurde. Der Ablauf des Vertrages war daher der 23. Apr. 2012.
Diese letztmalige Verlängerung wurde an mehrere konkrete Bedingungen geknüpft. So sollte beispielsweise durch die Firma Dietz eine Bankbürgschaft von 5.000 € zum Vorteil der Stadt Lage eingebracht werden *„für den Fall, dass nach Ablauf der vereinbarten Frist bzw. dem Termin die Flächen nicht vereinbarungsgemäß geräumt und in Ordnung gebracht“* worden sein sollten.

Was geschah am 23. April 2012 bzw. kurz davor?
Nichts!
Wer bemerkte, dass damit gegen den Vertrag verstoßen worden war?
Niemand – außer der BBL!

Wir haben noch einige Zeit gewartet, ob etwas passiert. Am 27. Sept. 2012 haben wir eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet.

Wir haben auf den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Stadt Lage und der Firma Dietz-Transporte hingewiesen. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass der Platz spätestens am 23. Apr. 2012 hätte geräumt sein müssen, dass er das aber nicht war. Wir werteten das als Verstoß gegen den geltenden Vertrag und gingen davon aus, dass die 5.000 € Bankbürgschaft bereits eingezogen worden seien.
Die Antwort war überraschend: Es hatte – ohne Einbezug und Zustimmung der Politik – wieder einen Deal zwischen der Verwaltung und der Firma Dietz gegeben.
Die Verwaltung antwortete nämlich mit Schreiben vom 11. Okt. 2012: „(…) Die Fa. Dietz steht mit der Stadt Lage in Verhandlungen, ein Grundstück von ca. 20.000 qm im Bereich der Erweiterung des Industriegebietes an der Sülterheide für ihr Betriebsgelände zu erwerben, da das jetzige Betriebsgelände im Seelenkamp für die Fa. Dietz zu klein ist, um noch die Mulden und Fahrzeuge, die jetzt auf dem Flurstück 158 an der Ottenhauser Straße abgestellt sind, zusätzlich aufzunehmen.

Eine Verlagerung des Gesamtbetriebes in das Industriegebiet an der Sülterheide erscheint also zweckmäßig. (…)
Da das Planerweiterungsverfahren in der Sülterheide einen gewissen Zeitablauf beanspruchen wird, wurde der Fa. Dietz zugebilligt, den Abstellplatz an der Ottenhauser Straße solange weiternutzen zu können, bis eine Entscheidung über die Erweiterung gefallen ist. (…)
Ich bitte insoweit um Ihr Verständnis, dass der Abstellplatz der Fa. Dietz an der Ottenhauser Straße kurzfristig noch genutzt wird, bis die Entscheidung über eine mögliche Umsiedlung in die Sülterheide gefallen ist.

Ottenhauser Straße, der ehemalige Abstellplatz

Die von Ihnen angesprochene Bankbürgschaft in Höhe von 5.000 € liegt der Stadt vor und kann, sollte dieses erforderlich sein, jederzeit in Anspruch genommen werden, um den Lagerplatz wieder ordnungsgemäß herzustellen. Eine akute öffentliche Gefahr durch die Nutzung als Lagerplatz besteht zur Zeit nicht. (…)“
Das konnten wir so nicht hinnehmen. Am 5. 11. 2012 haben wir einen Fraktionsantrag mit folgendem Wortlaut gestellt:

„Sehr geehrter
Herr Bürgermeister,
in Ihrer Antwort (u. a.) vom 11. Okt. 2012 auf unsere Fraktionsanfrage vom 27. Sept. 2012 bestätigen Sie, dass eigentlich die Frist für die Räumung des von der Fa. Dietz ungenehmigt im Wasserschutzgebiet genutzten Abstellplatzes bereits abgelaufen sei, schreiben aber auch, dass die Stadt eine Verlängerung gewährt habe und dass das mit der Bezirksregierung abgestimmt sei.

Abstimmungs- und Genehmigungsinstanzen für eine solche geduldete Verlängerung sind aber nach unserer Auffassung in erster Linie die politischen Gremien in Lage, und von denen liegt kein Beschluss für eine weitere Duldung vor.

Außerdem liegen uns Hinweise darauf vor, dass unter der jetzigen Bodenoberfläche Müll und andere Abfälle vergraben worden sein sollen.

Die Fraktion der BBL beantragt daher,

1) **die Befassung der politischen Gremien in Lage mit der Frage einer möglichen verlängerten Duldung des Abstellplatzes durch die Fa. Dietz schnellstmöglich nachzuholen,**
2) **den neuen Vertrag bzw. die neue Absprache mit der Fa. Dietz über die Duldung einer weiteren Verlängerung nicht zu genehmigen,**
3) **dem Eigentümer aufzugeben, vor Übergabe des Platzes eine durch einen neutralen Gutachter durchgeführte Analyse von Bodenproben mit Aussagen über eine mögliche Kontamination des Bodens auf bzw. unter dem Gelände zu übergeben.“**

Die LZ titelte darüber am 7. Dez. 2012:

„BBL lehnt Vertrag mit Abfallentsorger ab“
Am 22. Nov. 2012 haben wir zusätzlich einen Antrag auf komplette Akteneinsicht in der „Angelegenheit Dietz“ gestellt, die wir dann auch wahrgenommen haben und in der wir auch vorhandene Unterlagen über den Beginn der Diskussion vor ca. fünfundzwanzig Jahren gesichtet haben.

Alles das zeigte Wirkung. Auch andere Parteien sprangen jetzt auf den Zug auf.

Wer nicht wählt, darf sich nachher nicht beschweren. (alte Volksweisheit, leider noch nicht überall bekannt)

Am 24. Nov. 2012 titelte die LZ:

„Dietz-Fuhrpark zieht an einen neuen Standort“
Ganz so schnell ging es dann leider wieder doch nicht. Aber die BBL hat nicht locker gelassen.

Und am 10. Jan. 2013 lautete der Titel der LZ:

„Die ersten Dietz-Container sind zur Elisabethstraße umgezogen“
Heute ist der ehemalige Abstellplatz im Wasserschutzgebiet geräumt.

Man muss nur intensiv arbeiten und hartnäckig bleiben – dafür steht die BBL, wenn es darauf ankommt.

Wenn es die BBL nicht gäbe, man müsste sie erfinden!
(alte Volksweisheit in Lage)

Das wird Sie interessieren:

➜ **Abstellplatz im Wasserschutzgebiet** 1
BBL-Fraktion deckt Verstöße gegen Verträge auf
➜ **Lage und die Umgehungsstraße** 2
Traum oder Alptraum?
➜ **Stadt legt HGL-Affäre ad acta** 3
Hauptausschuss nimmt Vergleichsvorschlag an
➜ **Direkt-Kandidaten der BBL** 4
Zuordnung der Kandidaten zu den Wahlkreisen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Lage!

Stellen Sie sich einmal vor, am 25. Mai 2014 sind Kommunalwahlen, und nur die Hälfte der Wahlberechtigten geht hin!

Bei vielen Wahlen in der letzten Zeit war das so. Sie finden das nicht so schlimm? So verständlich viele Gründe für die Wahlenthaltung sind: Am Ende gewinnen damit vielleicht die, von denen Sie es gerade gar nicht wollten.

Und am Ende reichen damit womöglich 20 oder 25 % der Stimmen aller Wahlberechtigten, um parlamentarische Mehrheiten zu bekommen. Das ist keine überzeugende demokratische Legitimation. Und das kann eigentlich nicht in Ihrem Interesse sein – auch wenn Sie eigentlich gar nicht wählen wollten.

Wir möchten Sie daher aufrufen zur Wahl zu gehen. Und natürlich möchten wir Ihnen mit dieser Ausgabe unserer Wahlzeitung auch ein wenig von der Arbeit und den politische Zielen der BBL (Bürgerbewegung für Lage e.V.) vermitteln.

Vielleicht gibt Ihnen die Lektüre ja Gründe, nicht nur zur Wahl zu gehen, sondern auch die BBL zu wählen.

Selbstverständlich würden wir uns sehr darüber freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Walter

Heinz Walter
BBL-Fraktionsvorsitzender

Innenstadtentwicklung – wir sind dafür!

Das wird Sie nicht weiter überraschen, denn schließlich sind eigentlich alle irgendwie für eine positive Entwicklung der Innenstadt von Lage. Die BBL aber hat beim Thema „Stadtentwicklung“ **von Beginn an** und schon seit Jahren auf einen **Schwerpunkt „Innenstadtentwicklung“** gesetzt, schon aus demografischen Gesichtspunkten. Zu dem Zeitpunkt haben andere Parteien noch eine Verteilung mit der Gießkanne über das gesamte Stadtgebiet geplant. Wir waren und sind der Meinung:

- Wenn in einer Stadtgemeinde die **Innenstadt** nicht „überlebt“, nützen den **Ortsteilen** alle eigenen Bemühungen gar nichts.

Die BBL hat daher ausdrücklich alle Aktivitäten unterstützt, die dazu dienen konnten, die Leerstände in der Lagenser Innenstadt zu beseitigen und frischen Wind in die Innenstadtentwicklung zu bringen. Unser Leitsatz war von Beginn an:

- Wenn jetzt nichts geschieht, könnte es bald zu spät sein.

Wir haben auch die Pläne der ITG unterstützt, die einen sehr umfassenden Um- und Ausbau der Innenstadt geplant und vorgeschlagen hatte.

Leider ist bis jetzt nicht viel mehr dabei herausgekommen als der Neubau eines Nahversorgers zwischen der Langen Straße und der Stauffenbergstraße.

Baustelle Nahversorgermarkt Lange Straße

Das ist zwar besser als gar nichts, aber angesichts der anfänglich so großen Pläne doch eine eher geringe Ausbeute. Die ITG ist hier aber nicht die Alleinschuldige, denn trotz langer Verhandlungen waren am Ende nicht alle für den Gesamtumbau notwendigen Grundstücke zu bekommen. Allerdings: Die ITG hätte die Risiken, die in ihren Planungen steckten, vorher schon ein bisschen deutlicher machen können…

Jetzt ist das seit Jahren marode und immer leerer werdende City-Center dran. Auch hier gibt es wieder große Pläne, und man kann nur hoffen, dass diesmal mehr daraus wird als bei der ITG.

Über die konkrete Planung und Bauausführung ist noch nicht entschieden, auch noch nicht über das „Gesicht“ der neuen Gebäude – und damit auch noch nicht über das künftige „Gesicht“ der Innenstadt von Lage. Wird alles abgerissen und dann neu gebaut? Oder können und sollten einige das Stadtbild prägende Fassaden erhalten werden – wie z. B. die beiden Fassaden am Marktplatz am Beginn der Bergstraße? Natürlich muss die Bausubstanz

Fassaden am Marktplatz

noch genau geprüft werden. Und nicht bei jeder Planung wird es möglich sein, angesichts der neuen Geschosshöhen einfach die alten Fassaden zu erhalten. Aber heutzutage ist technisch viel möglich.

Und wir sind der Meinung, dass das, was erhaltenswert ist, mit vertretbaren zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auch erhalten werden sollte. Hoffen wir also jetzt darauf, dass mit den gewählten Betreibern und Investoren sachliche und konstruktive Gespräche über die Neugestaltung möglich sind, so dass am Ende ein Kompromiss dabei herauskommt, der allen Beteiligten gefällt und der vor allem der Innenstadt von Lage wieder mehr Zulauf und weniger Leerstände beschert.

Wie gesagt: Wir sind dafür!

Lage und die Umgehungsstraße(n)

Traum oder Alptraum?

Geplante Trasse (geradeaus) aus dem Abschnitt „Südumgehung“ im Ortsteil Ehrentrup

Aus ungelegten Eiern schlüpfen keine Hühner. (Bauernweisheit)

Wussten Sie es? Seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts wird in Lage bzw. um Lage herum eine Umgehungsstraße geplant. Wie bitte? Das sind ja schon über 50 Jahre!

So ist es. Nichts ist bisher dabei herausgekommen. Und dabei gab es schon alle möglichen Vorschläge und Varianten. Von der damaligen „Koalition“ aus CDU, SPD und FDP wurde 2008 auch schon einmal eine *„Tunnellösung“* gefordert – die gesamte Partie durch Waddenhausen sollte **untertunnelt** werden…

Auch gedankliche Luftblasen haben es so an sich, dass sie schnell zerplatzen – von einem Tunnel durch Waddenhausen spricht mittlerweile niemand mehr. Aber von der Umgehungsstraße wird immer noch gesprochen.

Für die eine Seite ist sie so wichtig, dass es für sie ohne eine neue Straße keine lebenswerte Perspektive in Lage mehr gibt. Für die andere Seite ist eine neue Umgehungsstraße völlig überflüssig, da es in Zukunft weniger Verkehr gebe und viele Gebiete durch sie zerstört würden.

Wer hat nun Recht? Natürlich beide – je nach Standpunkt (und vielleicht Wohnort).

Aber ist denn angesichts der Tatsache, dass sich seit über 50 Jahren nichts getan hat, eine aktuelle Diskussion überhaupt noch lohnenswert? Was heißt *„lohnenswert“*? Wenn die Situation von Betroffenen diskutiert wird, ist das sicher lohnenswert. Wenn allerdings die Verwirklichungschancen der Maßstab sind, ist nach unserer Auffassung eine aktuelle Diskussion nicht (mehr) lohnenswert.

Es gibt Tausende von Kilometern an reparaturbedürftigen Straßen und Hunderte von reparaturbedürftigen Brücken, für die jetzt schon das Geld fehlt. Wer glaubt denn angesichts der finanziellen Situation im Bund und im Land daran, dass ausgerechnet noch ein Neubauprojekt *„Umgehungsstraße Lage“*, das viele Millionen kostet, in Angriff genommen wird?

Wer glaubt denn ernsthaft, dass angesichts der aktuellen Situation und der Prognosen für die Zukunft beispielsweise eine Trasse im großen Bogen um Lage herum mitten durch jetzt noch unberührte Felder und Wiesen jemals verwirklicht wird? Was und wem soll es also nützen, dass man solche Forderungen (und die Gegenmeinungen) noch ständig wiederholt?

Unabhängig davon, ob man eine neue Umgehungsstraße um Lage herum eigentlich sinnvoll findet oder nicht: Unserer Meinung nach ist die Hoffnung auf eine Verwirklichung illusorisch. Insofern ist auch die breit angelegte und manchmal fast ideologische Auseinandersetzung darüber völlig überflüssig. Wer den Sinn für die Realitäten nicht verloren hat, müsste eigentlich dafür plädieren, die Debatte für beendet zu erklären.

Ansatzweise ist das mindestens für bestimmte Trassenführungen und Teilabschnitte auch schon getan worden, nämlich in dem abschließenden Beschluss des *„Runden Tisches“* zwischen den verschiedenen Bürgerinitiativen, der Verwaltung, der Politik und anderen Institutionen und Interessenverbänden im Mai 2012. Dort ist ein relativ offener und realistischer Beschluss gefasst worden, den wir unterstützt haben:

Die gesamte vorliegende Planung sollte in zwei unterschiedlich zu gewichtende Teilabschnitte aufgeteilt werden. Wenn überhaupt, sollte nur noch an einer Verbindungsstraße zwischen der Bielefelder Straße und der Detmolder Straße gebastelt werden (Abschnitt „Südumgehung“). Auch dort aber müssten gegenüber den ursprünglichen Plänen noch erhebliche Verbesserungen vorgenommen werden, wenn es eine Verwirklichung geben sollte.

Im Grunde war wohl auch hier allen Beteiligten ziemlich bewusst, dass das ebenfalls nur ein Beschluss für den Papierkorb sein würde. Denn auch damals war schon ziemlich klar, dass wahrscheinlich gar nichts gebaut wird. Dennoch streiten sich die verschiedenen Lager bis heute und veranstalten Diskussionsrunden und beschimpfen sich, als ob es noch um etwas ginge.

Wir denken, man sollte realistisch sein – und damit die Debatten um eine mögliche Umgehungsstraße in Lage beenden.

Schnelle Maßnahmen für eine Verbesserung der Situation (Optimierung der Verkehrsführung, Verbesserung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Straßen, zweckmäßige Systeme für den öffentlichen Nahverkehr, Ableitung eines Teils des Durchgangsverkehrs auf die Ostwestfalenstraße, …) wären sinnvoller und für die Anwohner nützlicher als von einer Umgehungsstraße zu träumen, die sowieso frühestens 2025 käme – aber nur, wenn sie sofort in Angriff genommen würde.

Denn wie es um die Chancen steht, wissen wir ja mittlerweile – siehe oben!

Weitere Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Nordrhein-Westfalen wächst weiter. Wie das Statistische Landesamt mitteilte, waren im Jahr 2012 insgesmt 7.727 qkm des Landes Siedlungs- und Verkehrsfläche. Mit 22,7 % entspreche dies fast einem Viertel der Gesamtfläche. Seit 1992 habe die Flächeninanspruchnahme um 1.051 qkm oder 15,7 % zugenommen. Die durchschnittliche Zunahme in den zurückliegenden 20 Jahren lag damit bei 14,4 ha pro Tag. Im Vergleich der Bundesländer weist Nordrhein-Westfalen nach den Stadtstaten Berlin, Hamburg und Bremen damit den viertgrößten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche auf. Dazu zählen Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen, Erholungs- und Verkehrsflächen sowie Friedhöfe.

Was sind die Ziele der BBL?

Wir stehen für:

- ✔ Bürgerfreundlichkeit und Bürgerbeteiligung
- ✔ Überparteilichkeit und Unabhängigkeit
- ✔ Offenheit und Transparenz
- ✔ Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein
- ✔ Interessenvertretung für die **gesamte** Stadt

Wir wollen:

- ✔ die Entwicklung eines Leitbildes: nachhaltige Zukunftsplanung über den Tag hinaus
- ✔ moderne und langfristige Verkehrs- und Stadtentwicklungsplanung ohne Verschwendung von natürlichen Ressourcen
- ✔ Innenstadtentwicklung unter deutlicher Einbeziehung der Wünsche von Bevölkerung und Geschäftsleuten
- ✔ Benennen und konsequentes Angehen aller Probleme, Schritt für Schritt
- ✔ Entscheidung nur nach Sachgesichtspunkten: Was ist gut für die gesamte Stadt Lage?
- ✔ Einbindung der Jugend in die aktive Beteiligung in der Politik

Wir sind gegen:

- ✔ Geheimbeschlüsse in Hinterzimmern, Tagungen hinter verschlossenen Türen
- ✔ Orientierung an Einzelinteressen nach dem Motto: „Wer hat die besten Freunde in Rat und Verwaltung?“
- ✔ Entmündigung der Bevölkerung
- ✔ Missachtung von demokratischen Grundsätzen und Umgehensweisen

HGL-Affäre zu den Akten gelegt

Vergleichsvorschlag der Allianz-Versicherung angenommen

Erinnern Sie sich noch an die unselige HGL-Affäre?
Ja, genau, das war, als ab etwa Mitte des Jahres 2000 im Luftkurort Hörste ein so genanntes *„Homöopathisches Gesundheitszentrum Lippe (HGL)“* gebaut werden sollte, bei dem die Stadt Lage ohne Genehmigung Millionen investiert hatte – und dann ging, wie von uns vorausgesagt, alles den Bach runter und die städtischen Millionen waren weg. Nur wenige denken wahrscheinlich noch daran.
Dabei ist alles noch gar nicht lange vorbei. Erst vor ca. zweieinhalb Jahren ist endgültig über die von der BBL (zusammen mit der FWG) initiierte Schadenersatzklage an die Allianz-Versicherung entschieden worden. 50.000,– € hat die Stadt zurückerhalten – nicht viel angesichts der verlorenen Millionen, aber wenigstens symbolisch ein bisschen.
Dabei hätten es viel mehr sein können! Ursprünglich ging es nämlich mal um 450.000,– €. Daran wird in der LZ vom 17. Dez. 2011 noch einmal erinnert.

„Auf Betreiben von BBL und FWG hatte die Stadt die Allianz auf Zahlung von rund 450.000,– € aus der Eigenschadenversicherung verklagt.“

Und in den ersten Verhandlungsrunden gab es von der zuständigen Kammer des Landgerichts Detmold auch sehr positive Signale.
Aber dann wechselte die Besetzung der Kammer. Und die neue Besetzung stellte plötzlich diverse Mängel fest:

„Anzeige entsprach nicht den Anforderungen
Die Kammer bemängelte, dass unter anderem bereits das erste Anzeigeverfahren hinsichtlich eines möglicherweise auftretenden finanziellen Schadens durch den damaligen Bürgermeister wohl schon nicht den Anforderungen der Versicherungsbedingungen entsprochen habe. Außerdem seien Verjährungsfristen verstrichen. Ferner habe der damalige Rat nichts gegen die „vorsätzlichen Dienstpflichtverletzungen“ der einstigen Verwaltungsspitze unternommen, sondern sie sogar noch gebilligt.“

(LZ vom 17. Dez.2011)

Was heißt das?
Das heißt vor allem, dass der Stadt Lage, ihren Anwälten und dem ehemaligen Bürgermeister Siekmöller von der Kammer des Landgerichts vorgehalten wird, das Anzeigeverfahren an die Versicherung nicht den Anforderungen entsprechend durchgeführt zu haben. Nicht einmal das Anzeigeverfahren entsprach also den Anforderungen!
Das heißt weiter, dass die verantwortlichen Personen bei der Stadt (hier auch die aktuell verantwortlichen Personen) die Verjährungsfristen tatenlos haben verstreichen lassen.
Und das heißt drittens, dass der zur Zeit der HGL-Affäre im Amt befindliche Rat nichts gegen die Dienstpflichtverletzungen des damaligen Bürgermeisters unternommen hat.
Angesichts dieser vielen Fehler muss also keine Versicherung mehr Schadenersatz leisten, auch wenn sie sonst dazu verpflichtet gewesen wäre.
So blieb es denn trotz der intensiven Bemühungen der BBL (und der FWG) durch die Fehler der anderen dabei, dass die Stadt anstelle der 450.000,– € in einem Vergleich mit der Allianz nur relativ mickrige 50.000,– € zurückerhielt. An uns hat es nicht gelegen, wir konnten nicht mehr tun.
Diese Ansicht spiegelt sich auch in einem weiteren Artikel der LZ zu dieser Angelegenheit, einem Interview mit dem BBL-Fraktionsvorsitzenden Heinz Walter in der LZ vom 29. Dez. 2011:

„Dass nach dem Desaster um den gescheiterten Bau eines homöopathischen Gesundheitszentrums in Hörste überhaupt Geld in den Stadtsäckel zurückfließt, ist vor allem der BBL zu verdanken.
Fraktionsvorsitzender Heinz Walter hat nie locker gelassen, zumindest einen Teil des Verlustes wiederzubekommen, der sich auf rund 2,5 Millionen Euro beläuft.“

Aber viele andere (auch andere Parteien) hatten kein besonderes Interesse daran, die gesamte Angelegenheit rechtzeitig noch einmal juristisch aufzuarbeiten.
Vergessen jedoch sollte man weder die HGL-Affäre noch das unterschiedliche Verhalten der Parteien und die Fehler der Verwaltung.

Wo der Geldbeuel anfängt, hört die Gemütlichkeit auf.
(Volksweisheit)

So klingt es auch in dem Kommentar des LZ-Redakteurs Wolfgang Becker am 17. Dez. 2011:

„Die Schuldigen an diesem Desaster hat das Landgericht klar genannt. Juristisch zur Verantwortung gezogen wird aber niemand.
Das ist es, was dem Bürger nur schwer zu vermitteln ist. Er kann nur hoffen, dass die Politiker Lehren aus dem Fall ziehen.
Insofern wäre es ratsam, die „Affäre HGL“ nicht zu tief in den Akten zu vergraben!“

Dem können wir nur beipflichten.

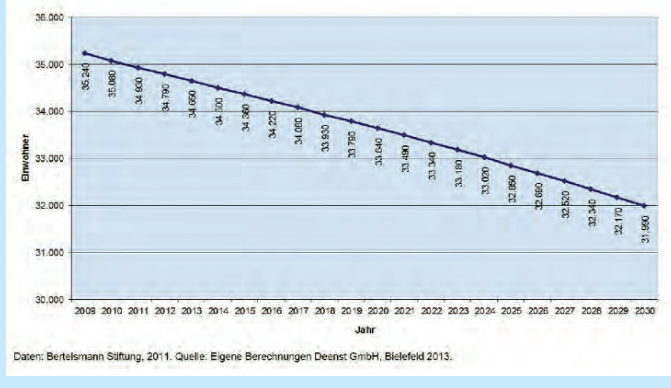
Wussten Sie schon

- dass es die BBL seit 10 Jahren gibt und dass sie seitdem mit 4 Mitgliedern im Rat der Stadt Lage vertreten ist?
- dass die BBL als einzige der Parteien und politischen Vereinigungen ausschließlich in Lage und für Lage antritt? Das garantiert den Einsatz für Lage ohne ständige Kompromisse mit Parteikollegen aus anderen Orten und ohne das Schielen nach höheren Parteiposten.
- dass die BBL überparteilich ist? Ihre Mitglieder und Vertreter im Rat und in den Ausschüssen repräsentieren das Spektrum der demokratischen Parteien. Das garantiert Pluralität und Meinungsvielfalt. Das garantiert auch objektive Entscheidungen ohne Rücksicht auf ein Parteibuch.
- dass die BBL alle Fraktionssitzungen öffentlich abhält? Jede Bürgerin, jeder Bürger wird gehört und kann zur Meinungsbildung beitragen. Das garantiert die Nähe zur Lagenser Bevölkerung und deren Wünschen.
- dass in der BBL kein Fraktionszwang herrscht? Nach sorgfältiger Diskussion kann jedes Rats- und Ausschussmitglied nach eigenem Sachverstand abstimmen. Sachfremde Einflüsse werden so weitgehend ausgeschaltet.
- dass die BBL unabhängig ist? Das garantiert konsequentes Eintreten ausschließlich für das Wohl der Stadt Lage ohne Rücksichtnahme auf Interessenverbände und Klüngelgrüppchen.

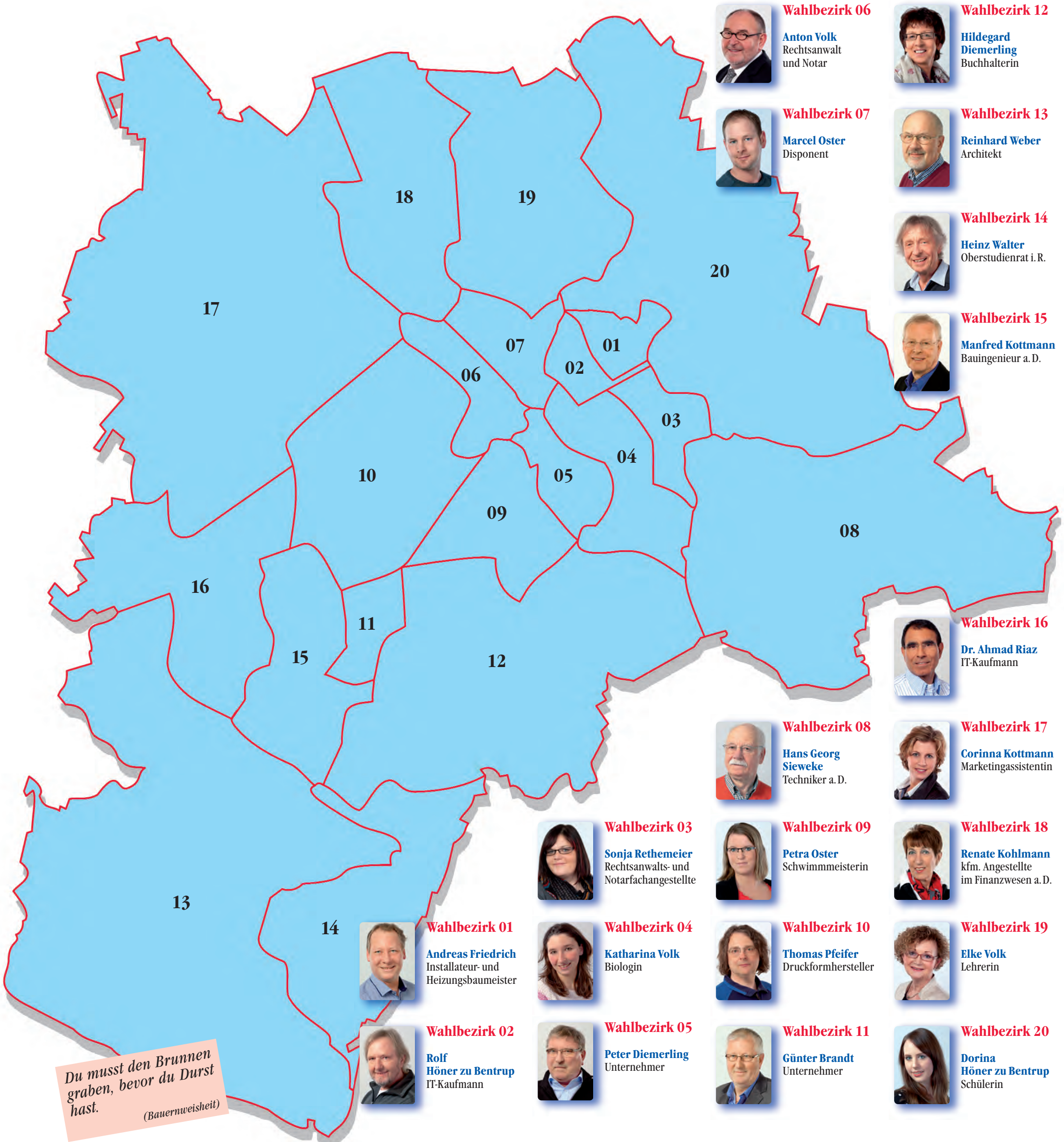
HGL – das Millionengrab

BBL als treibende Kraft bei Befassung mit dem demographischen Wandel

Lage. Die Fraktion der BBL war maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die Stadt Lage jetzt endlich mit der Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels beschäftigt.
Der demographische Wandel ist für Kommunen eine der dramatischsten Herausforderungen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Die Bevölkerungszahl in der Stadt Lage schrumpft bis zum Jahre 2030 um etwa 10 %. Das sind sage und schreibe ca. dreieinhalbtausend Einwohner weniger als heute. Gleichzeitig wird die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter. Darauf muss eine Kommune sich rechtzeitig einstellen, wenn die Folgen einigermaßen beherrschbar bleiben sollen.
Beispielsweise sollten keine neuen Baugebiete mehr ausgewiesen werden, weil die nicht mehr benötigt werden und weil sie immer neue Kosten für die Erhaltung von Infrastruktur erzeugen. Stattdessen müsste es eine Mischung aus Lückenbebauung, Altbausanierung, Umbau zu seniorengerechtem Wohnen und Rückbau demnächst leer stehender Wohnungen und Häuser geben.
Die Stadt Lage hatte Jahre lang verschlafen, sich konsequent auf die Veränderungen vorzubereiten. Erst die BBL hat mit ihren Aktivitäten, Anträgen und Anfragen Bewegung in die Sache gebracht. Schon in ihrem Wahlprogramm für 2009 tauchte die Forderung nach einer Anpassung an den demografischen Wandel auf.
Im Jahre 2010 ist die BBL initiativ geworden und hat eine Anfrage gestellt. Im März 2013 folgte eine weitere Anfrage. Außerdem hat sie Presseerklärungen dazu abgegeben und seit vielen Monaten auf ihrer Internetseite jede Menge Aufarbeitungen, Vorschläge und Initiativen diskutiert.
Wie immer bei solchen Projekten springen jetzt andere Parteien auf den Zug auf und wollen die Lorbeeren ernten. Aber für Lage kann man mit Fug und Recht sagen, dass das wichtige Thema *„demographischer Wandel in Lage“* durch die BBL auf die Tagesordnung gebracht worden ist. Heinz Walter, Fraktionsvorsitzender der BBL: „Wenn es denn in Lage überhaupt noch gelingt, sich einigermaßen auf die Veränderungen einzustellen, dann ist das der BBL zu verdanken. Ansonsten hätte sich hier wahrscheinlich noch Jahre lang nichts getan.“



Die Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich vor:



Stadtwerke zurück an die Stadt

Diese Forderung hat die BBL schon seit Jahren aufgestellt, auch anlässlich der letzten Kommunalwahl 2009. Das Ziel, die Stadtwerke wieder vollständig zu einem rein städtischen Unternehmen zu machen, verfolgen wir hartnäckig weiter. Dazu sollte nach unserer Meinung die von der Westfalen Weser Energie GmbH & Co KG (vormals E.ON Westfalen Weser AG) gehaltene 45 % Beteiligung an der Stadtwerke GmbH wieder von der Stadt übernommen werden.

Die ehemals zum E.ON-Konzern gehörende Westfalen Weser AG ist mit der Übernahme aller Gesellschaftsanteile durch Kreise, Städte und Gemeinden zwar „rekommunalisiert“, also in kommunales Eigentum zurück verwandelt worden. Damit ist die von der BBL stets kritisierte Beteiligung des Energieriesen E.ON dort beendet.

Aber die Stadt hat nach wie vor nicht das alleinige Sagen. Schließlich führt die Veränderung in der Liste der Inhaber des Unternehmens nicht automatisch zu neuen Strukturen innerhalb der Gesellschaft. Das ist zwar ein erster und wichtiger Schritt, aber auch nicht mehr. Damit Lage die örtliche Energieversorgung so gestalten kann, wie das für die Stadt, ihre Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber auch für die in Lage ansässigen Unternehmen am vorteilhaftesten ist, muss die Kommune auch in den Gremien der Stadtwerke GmbH, d. h. in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat, allein entscheiden können. Natürlich ist das kein Allheilmittel. Die Spielräume sind begrenzt, weil sie durch die Vorgaben des Energiemarktes eingeschränkt sind. Aber dort, wo Spielräume vorhanden sind, sollten sie uneingeschränkt zum Wohle der Stadt genutzt werden können, ohne dass ein weiterer Gesellschafter mit ganz anderen, außerhalb Lages liegenden Interessen die Entscheidungen beeinflusst. Natürlich kostet eine solche Übernahme Geld. Angesichts des derzeitigen Zinstiefs muss man sich aber fragen: Wann, wenn nicht jetzt?

In wirtschaftlicher und bilanzieller Sicht wird die Übernahme der Stadt einen Vorteil bringen. Das Mehr an erzielbarem Gewinn, der dann vollständig bei der Stadt verbleibt, wiegt das Mehr an Zinsbelastung bestimmt wieder auf.

Herausgeber: Bürgerbewegung für Lage e.V. (BBL) • Rolf Höner zu Bentrup, Vorsitzender • Thusneldastraße 36 • 32791 Lage • Telefon 0 52 32 / 69 85 94 • E-Mail: rolfhzb@t-online.de • Wahlzeitung für die Kommunalwahl NRW 2014
Verwendung und Abdruck der Bilder und Texte nur mit Genehmigung des Herausgebers • Redaktionsschluss: 30. April 2014 • Druck und Verarbeitung: Merkur-Druck GmbH & Co. KG, Am Gelskamp 20, 32758 Detmold